

BTW Kandidat:innen-Check

Marcus Eschborn, ÖDP

1. ÖPNV zum Nulltarif

Stimme zu.

2. Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken

Stimme zu.

3. Wegwerfstopf für Supermärkte

Stimme zu. Straffreiheit für Containern.

4. Verbot von Massentierhaltung

Stimme zu. Für eine flächengebundene Nutztierhaltung unter artgemäßen und verhaltensgerechten Bedingungen.

5. vollständiger Kohleausstieg bis 2030

Stimme zu. Beendigung des Braunkohleabbaus und Kohleausstieg deutlich vor 2030.

6. bundesweite Klimaneutralität bis spätestens 2035

Stimme zu. Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels durch Klimaneutralität bis 2030 und anschließende Senkung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre unter 350 ppm, um die Gefahr einer Heißzeit abzuwenden. Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre mit umweltverträglichen Methoden, vor allem durch gesunde Böden und Humusaufbau in Land- und Forstwirtschaft sowie Anreicherung von Ackerböden mit pflanzenkohlehaltigem Kompost (z. B. Terra preta) aus nachhaltiger Produktion.

7. das Verbot von Glyphosat und anderen gefährlichen Pestiziden

Stimme zu.

8. ein Verbot aller Rüstungsexporte

Stimme teilweise zu. Für ein Verbot von Rüstungsexporten außerhalb der EU.

9. Stopp aller klimaschädlichen Subventionen

Stimme zu. Muss schnellstmöglich und sozial verträglich umgesetzt werden.

10. 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Stimme zu. 100 % erneuerbare Energien bis 2030.

11. Senkung der Stromkosten für Unternehmen und private Haushalte (etwa durch

Steuerfinanzierung der EEG-Umlage)

Stimme nicht zu.

Es sind Instrumente zu prüfen, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit von energieintensiven Unternehmen garantieren, ohne Stromkosten zu reduzieren und dabei Effizianzanreize zu verringern, z. B. der Grenzsteuerausgleich oder eine Rückerstattung von höheren Energiekosten nach Produktionsleistung oder Arbeitsplätzen, um die Industrie preisunabhängig zu entlasten.

Wir wollen stattdessen die CO2-Steuer auf fossile Heizstoffe und Kraftstoffe aufkommensneutral gestalten. Sie darf nicht zu einer weiteren Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich führen. Dazu ist eine pauschale Klimadividende nach Köpfen einzuführen.

12. Anerkennung des Klimawandels als Fluchtursache, Unterstützung ziviler Seenotrettung und Abschiebestopp

Stimme zu. Dies muss entsprechend auf EU-Ebene geregelt werden.

13.kostenlose Umschulungen mit garantierter Weiterbeschäftigung oder Renten für alle, die durch Klimaschutzmaßnahmen ihre Arbeit verlieren

Stimme zu.

14.Entschädigungszahlungen der Konzerne für die Kosten der verursachten Umweltschäden

Stimme zu. Im Produktpreis müssen sich die verursachten Umweltschäden widerspiegeln. Es kann nicht sein, dass Umweltschäden von der Allgemeinheit getragen werden.

15.Klimaneutraler Umbau bestehender Wirtschaftsstrukturen und Erhalt vorhandener Wertschöpfungsnetzwerke aus Industrie und Dienstleistungen

Stimme zu. Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern.

16.Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen

Stimme zu.

17. Aufnahme der Gemeinschaftsaufgabe für Biodiversität und Renaturierung ins Grundgesetz

Stimme zu.